

Sozialistische Hochschulzeitung

1/17

#96 · SOZIALISTISCHE GRUPPE (SG) · HOCHSCHULGRUPPE ERLANGEN/NÜRNBERG
WWW.SOZIALISTISCHEGRUPPE.DE · SG@SOZIALISTISCHEGRUPPE.DE

Das Lebenswerk des Michail Gorbatschow

Von der Reform des ‚realen Sozialismus‘
zur Zerstörung der Sowjetunion



Karl Held (Hrsg.)
GegenStandpunkt Verlag
416 Seiten, 20,- €
ISBN 978-3-929211-00-9

Vor 25 Jahren trat Michail Gorbatschow von seinem Amt als Staatschef zurück und mit diesem Staat, der Sowjetunion, war es gleichzeitig auch endgültig zu Ende. Die nach- und antikommunistische Weltöffentlichkeit hat deswegen eine hohe Meinung von Gorbatschow, oder doch wenigstens von seiner historischen Bedeutung. Dabei wird die postkommunistische Welt seiner Hinterlassenschaft in mehrerlei Hinsicht auch heute noch gar nicht recht froh. Und erfreulich ist es ja wirklich nicht: Der reale Sozi-

alismus geht, die Verhältnisse werden barbarisch. Wie es zu diesem Ergebnis gekommen ist, erklärt das vorliegende Buch. Mit marxistischem Unterscheidungsvermögen kritisiert es

- die politische Ökonomie des realen Sozialismus *und* ihre ruinöse Reform mit Hilfe marktwirtschaftlicher Erfolgsrezepte;
- das Herrschaftssystem der Volksdemokratie *und* seine Ersetzung durch die Alleinherrschaft des Nationalismus;
- die sowjetische Weltfriedenspolitik *und* ihre Kapitulation vor den zu jeder Erpressung bereiten NATO-Mächten, die an Gorbatschow ihren nützlichen Idioten hatten.

An den guten Absichten des letzten Generalsekretärs der KPdSU lässt das Buch genauso wenig ein gutes Haar wie an deren Wirkungen. So stiftet es ein wenig Klarheit über Gorbatschows wirkliche historische Bedeutung.

Bestellbar unter: www.gegenstandpunkt.com

Der kategorische Imperativ des Kapitalismus: Arbeit hat Geld zu bringen!

Alle brauchen Arbeit – viele finden keine. Man kann das – und befindet sich dann in bester Gesellschaft – als soziales Problem würdigen und sich vorstellen, „Beschäftigungsförderung“ wäre die passende Antwort, mit staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und einer Senkung der Lohnnebenkosten sowie mehr Druck auf die Arbeitslosen mit Hartz IV und anderen Sozialstaatsregelungen, mit einer Streichung der Vermögenssteuer und einer Umverteilung des „knappen Guts“ Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung, mit der „Schaffung von neuen Arbeitsplätzen“ durch Teilzeit- und Leiharbeit, oder wie auch immer. Über eine gewisse Absurdität muss man sich dabei allerdings schon hinwegsetzen: Wenn es nicht mehr so viel zu tun gibt, das Nötige von weniger Leuten in kürzerer Zeit zu erledigen ist – warum braucht dann überhaupt jeder Arbeit, und auch noch so viele vollgepackte Arbeitsstunden, um leben zu können? Dass weniger Arbeit ersparte Mühe bedeutet: Warum gilt die Gleichung nicht?

Dass so viele Leute Arbeit brauchen und keine Arbeit finden, liegt an einem ökonomischen Problem und jeder weiß das auch: Arbeit unterbleibt, wenn sie nicht rentabel ist, d.h. wenn sie dem Unternehmen, in dem und für das sie stattfindet, nicht genügend einbringt; nicht genug Ertrag nämlich, um in der Konkurrenz, der „globalen“,

zu bestehen. Wenn das aber so ist; wenn Arbeit nur stattfindet, wenn und solange sie rentabel ist; dann findet sie auch nur deswegen statt, weil sie einem Unternehmen Gelderträge verschafft: Rentabilität ist der ökonomische Zweck, für den sie stattfindet. Es soll gearbeitet werden; aus keinem anderen Grund, als weil Arbeit sich rentiert; mit keinem anderen Ziel als dem nie abschließend zu erledigenden Auftrag, rentabel zu sein und Geld einzubringen; deswegen auch je mehr, um so besser – am liebsten möchte man die ganze Welt versorgen, den Chinesen U-Bahnen bauen und die Ölscheichtümer mit Klimaanlage ausstatten, um mit der geleisteten Arbeit die Kaufkraft der Menschheit zu monopolisieren. Arbeit, weil sie Geld bringt: dieser kategorische Imperativ beherrscht die herrschenden Verhältnisse so total, dass alle Zeitgenossen ihm folgen müssen, um leben zu können, und – egal welche – Arbeit brauchen. Und aus keinem anderen Grund unterbleibt sie dann eben auch, wenn sie nämlich nicht genügend Geld bringt; was offenbar gerade mit den Rentabilitätsfortschritten bei der Anwendung von Arbeit immer häufiger der Fall ist. Die ökonomische Zielsetzung, die in der sogenannten Marktwirtschaft total und exklusiv bestimmend ist, gebietet offenbar „Vollbeschäftigung“ und „strukturelle Arbeitslosigkeit“. Da kann es →

DISKUSSIONSVERANSTALTUNGEN

Wer verdient warum wie viel?

Teil 2: Die kapitalistische Logik der Einkommensunterschiede

Nürnberg:

Dienstag, 17. Januar, 19:30 Uhr,
Nachbarschaftshaus Gostenhof,
Adam-Klein-Straße 6

Erlangen:

Donnerstag, 19. Januar, 19:15 Uhr,
Sprecherrat, 1. OG, Turnstraße 7

Die Marktwirtschaft kennt eine Vielzahl von Erwerbstätigkeiten, die unterschiedlich hohe Einkommen abwerfen. Ein einfacher Arbeiter verdient weniger als ein Techniker, beide verdienen weniger als ein Geschäftsführer, ein Amtsleiter verdient mehr als seine Sekretärin, ein Arzt mehr als seine Helferin. Und die Einkommen von Managern, Spitzenfußballern oder Fernsehstars bewegen sich in noch anderen Dimensionen. Warum ist das so? Warum werfen unterschiedliche berufliche Funktionen unterschiedlich viel Geld ab?

Diese Frage stellt sich nach allgemeinem Dafürhalten nicht. Weil sich das doch von selbst versteht. Weil es sich nun mal so gehört; weil zu jedem Beruf eine irgendwie passende Vergütung gehört; weil nicht alles über einen Kamm geschoren werden kann. Das weiß jeder, der in der sozialen Marktwirtschaft zuhause ist – egal mit welchem Einkommen er sich einrichten muss. Alles andere als Einkommensunterschiede wäre Gleichmacherei, also unangemessen und gar nicht in Ordnung.

Trotzdem: Was wäre so schlimm an dieser Sorte Gleichmacherei? Dass Leute, die allesamt ihren Berufsalltag erledigen, anschließend gleichermaßen was vom Leben haben: Warum geht das gar nicht? Was wäre so absurd daran, dass der Zweck, für den die Leute einer Erwerbstätigkeit nachgehen, nämlich sich einen sicheren und bequemen Lebensunterhalt zu verschaffen, auch das Kriterium für die Höhe des Einkommens wäre? Ist es da nicht umgekehrt ein bemerkenswertes Eingeständnis, wenn sich niemand die soziale Marktwirtschaft ohne Einkommensunterschiede vorstellen kann, denn schließlich heißt das ja, dass dieser Zweck für viele ja gar nicht gut aufgeht? Bedeutet da die Selbstverständlichkeit, dass Einkommensunterschiede zur hiesigen Gesellschaft dazugehören, nicht, dass sie darauf beruht, dass mit dem Her- und Bereitstellen von Gütern und Dienstleistungen zugleich eine Scheidung der Bevölkerung *produziert* wird in Leute, die sich ein Leben lang einteilen müssen, und Leute, die im Überfluss leben?

So will dann doch keiner die Sache mit der Selbstverständlichkeit von Einkommensunterschieden gemeint haben. Dass Reichtum und Armut, freier Zugriff auf die in der Welt produzierten materiellen Mittel und Ausschluss davon, *notwendigerweise* zu unserer unschlagbaren Wirtschaftsweise *dazu gehören*: Das will so keiner behauptet haben. Das wäre ja fast schon Systemkritik. ↓

↓ „Wer verdient ...“ *Gehören* sollen sich Einkommensunterschiede, weil für jeden Beruf ein anderes Einkommen *passend* ist. So als würde an die verschiedenen Tätigkeiten ein und dieselbe Messlatte mit Tausendern angelegt und die eine Tätigkeit würde bei Tausend Euro aufhören, während die andere bei zehntausend Euro gerade erst anfängt. Insofern gehen Einkommensunterschiede nach der in der hiesigen Gesellschaft üblichen Betrachtungsweise nicht einfach so in Ordnung. Sie gehen in Ordnung, weil sie *gerecht* sind. Was man an Einkünften bezieht – *der Verdienst* – und was man in und mit seinem Beruf Anerkennungswürdiges leistet – *das Verdienst* –, das gehört zusammen. Und zwar so, dass aus dem, was einer leistet, folgen soll, was einer verdient. In dieser Reihenfolge, nicht umgekehrt.

Zumindest *im Prinzip*. Denn an der wirklichen Einkommensverteilung gibt es reichlich Kritik. Hier kennt jeder, wenn es darauf ankommt, jede Menge Fälle, in denen die Gleichung zwischen anerkennungswürdiger Leistung und finanzieller Vergütung gar nicht so recht aufgehen mag. Ein beamteter Studienrat verdient erheblich mehr als eine Kindergärtnerin oder ein Altenpfleger; ein Grundbesitzer macht Millionen, weil er das richtige Grundstück geerbt hat, während Postboten kaum die Miete zahlen können; oder Parlamentarier genehmigen sich höhere Diäten für ihre schwere Verantwortung, mit der sie die Hartz IV-Sätze einfrieren: So etwas empfindet mancher als Skandal. Auch wenn Fußballspieler erheblich mehr verdienen als eine erfolgreiche Kanzlerin wird ein wenig fraglich, ob hier mit dem gleichen Maß gemessen worden ist. Und der eine oder andere lässt sich sogar von seiner Gewerkschaft zu der Überlegung animieren, mit welchem Recht eigentlich ein durchschnittlicher Facharbeiter in seinem ganzen Arbeitsleben nicht soviel verdient, wie ein VW-Manager in einem durchschnittlichen Jahr, obwohl die Bandarbeit bei VW auch so ihren Stress mit sich bringt.

In der Regel allerdings vergleicht sich der „kleine Mann“ mit den großen Tieren, mit Managern, Immobilienbesitzern, Fußballstars oder Spitzenpolitikern erst gar nicht; dass für die Reichen *andere*

→ „Der kategorische Imperativ ...“ gar nicht genug Arbeit geben, weil Arbeit die Unternehmer bereichert; und zugleich sorgen die Unternehmer dafür, dass immer weniger Arbeit dieser Anforderung genügt.

Es mag ja sein, dass sich alle Welt an diese Verrücktheit gewöhnt hat und sie normal findet; auch die kundigsten Experten und mächtigsten Verwalter dieses Systems finden ja offenbar nichts dabei, wenn sie dazu nur widersprechende Auskünfte parat haben: Es wird zu wenig gearbeitet, wenn zig Millionen Arbeitslose in der EU und zahllose Millionen auf dem Globus herumlungern; und es wird immer noch zu viel gearbeitet, so dass die reine „wirtschaftliche Vernunft“ die Schließung der letzten Werften an der Nordsee und am Mittelmeer gebietet, wenn die nur mit Milliardensubventionen weiterarbeiten. Tatsächlich scheint eben beides zugleich vorzuliegen: zu wenig, weil es beim Arbeiten doch um immer mehr Geld geht und dafür nie genug geschehen kann; zu viel, weil es beim Arbeiten doch um immer mehr Geldvermehrung geht und vor dieser Zwecksetzung viel Arbeit, die es gerade noch gebracht hat, versagt. Es hilft ja nichts, dass es „nun einmal“ so ist – ein wenig widersprüchlich ist es schon, dieses System der rentablen Arbeit.

Maßstäbe gelten, ist dann doch wieder allzu klar – woraus sich auch einmal ein anderer Schluss ziehen ließe als der, dass bei den Großverdienern eben *ganz andere Verdienste* zu Buche schlagen als bei denen, die mit wenig Geld genau passend bedient sein sollen. Vielleicht ist ja tatsächlich so, dass die Gerechtigkeit, dieser hohe Wert, überhaupt *nicht zuständig* ist, wenn es um unterschiedliche Einkommen geht; dass es gar *kein gemeinsames Maß* gibt, nach dem Hilfsarbeiter, Grundbesitzer, Politiker usw. ausbezahlt werden.

Tatsächlich gibt es ja auch keine Instanz auf der Welt, die jemals ermittelt hätte oder auch nur ermitteln könnte, wie viel Geld oder Geldsorgen zu dem einen oder anderen Beruf passen. Die wirkliche Geldverteilung regeln ökonomische Notwendigkeiten und politisch beschlossene Sachzwänge. Da herrscht bei der Besoldung von Staatsdienern der eine Grundsatz – der hat viel mit der Macht zu tun, über die sie gebieten – und bei der Entlohnung von Industriearbeitern ein anderer – da zahlt irgendwer einen notwendigen Kostenfaktor; die Einnahmen aus Grundbesitz sind abhängig von der Lage und Nutzungsart der Grundstücke und der darauf stehenden Immobilien, also von politisch beschlossenen Bebauungs- und Erschließungsplänen sowie von der Konkurrenz der zahlungsfähigen Nachfrage um die Nutzung der Grundstücke und Gebäude; usw. usf. Nur eines herrscht sicher nicht: ein einheitlicher Maßstab, nach dem – „irgendwie“ – alle Tätigkeiten und Berufe tatsächlich verglichen und gewichtet werden und ihnen ein entsprechendes Einkommen zugeteilt wird. Weil es einen solchen Maßstab überhaupt nicht gibt, können bei seiner Anwendung auch keine (Gerechtigkeits-)Fehler passieren.

Trotzdem: So sieht es kaum einer. Gerade unter denen, die gar nichts davon haben, weder von der herrschenden Einkommensverteilung noch von dem Glauben an eine dahinter waltende Gerechtigkeit, ist eine *verkehrte* Deutung ihrer bescheidenen Lage viel beliebter. Da hält man sich an die Annahme, der Maßstab einer gerechten Einkommensverteilung wäre bisweilen verrutscht, so dass die Falschen zu viel kriegen und man selbst zu wenig – nicht zu wenig für ein anstän-

Keine Frage: Staat und Unternehmen können damit prächtig leben – sie organisieren die Arbeit ja so und profitieren von ihrer Rentabilität. Den systemeigenen Widerspruch, dass erstens unbedingt gearbeitet werden muss und deswegen zweitens nur sehr bedingt, machen sie zu einem Problem derer, die als ausübendes Personal erstens unbedingt Arbeit brauchen und zweitens ganz oft keine finden; und dann definieren sie die materiellen Probleme, die die Leute haben, als soziale Problemlage, die sie mit den bedürftigen Leuten haben.

Man sollte diese praktisch wirksame Übersetzungsleistung nicht auch noch theoretisch billigend nachvollziehen und, vom Elend gerührt, die Lüge vom sozialen Problem für die Sache nehmen – und dann womöglich noch darüber jammern und nach Schuldigen dafür suchen, dass diesem „Problem“ durch all die eifrig diskutierten, probierten und wieder aufgegebenen „Bündnisse für Arbeit“ ohnehin nie beizukommen ist. Genauso wenig empfiehlt es sich, das Kriterium der Rentabilität als Inbegriff wirtschaftlicher Vernunft zu akzeptieren und mit den Bedenklichkeiten erst anzufangen, wenn die öffentliche Meinung sich entschließt, seine „Schattenseiten“ zur Kenntnis zu nehmen. Die Absurdität des „Systems“, der

diges Leben ohne Sorgen, sondern im Vergleich. Ganz Radikale trauen sich sogar den Verdacht, die gerechte Verteilung lasse insgesamt zu wünschen übrig. Der Vorwurf „ungerecht“ ersetzt so jede Erklärung – durch das *Vorurteil* nämlich, eigentlich könne es doch nicht Sinn der Sache sein, dass die Einkommen *so weit* auseinandergehen. Unverwundlich wird an einen Maßstab geglaubt, der in der Realität bloß durch *Abwesenheit* glänzt.

Nur, wenn es gar nicht so ist, dass die Einkommensunterschiede darin ihren Grund haben, dass sich der eine mit seiner Tätigkeit oder seinem Beruf mehr verdient macht als der andere – was jeder eingesteht, der an der bestehenden Einkommensverteilung die Gerechtigkeit vermisst –, woraus ergeben sie sich dann? Gegen das Rechten darum, ob die bestehenden Einkommensunterschiede auch wirklich in Ordnung gehen, möchten wir auf unserer Diskussionsveranstaltung ein paar systematische Hinweise geben, warum das so ist, dass sich die einen mit ihrem Beruf zugleich lebenslange Geldsorgen einkaufen, und die anderen vor allem die Geldsorge umtreibt, wie sie ihr Geldvermögen am besten und sichersten anlegen können. ●

GEGENSTANDPUNKT

INHALT DER NEUEN NUMMER 4-16

- Merkels Land: III. Der deutsche Imperialismus
- Krisenstaat Italien: Von den Fortschritten der Gewerkschaftsbewegung im Zeitalter des Kampfes um Arbeitsplätze
- Unsere Ukraine – ein einziger großer Fall von „Korruption“
- Fragen zu Bruttoinlandsprodukt (BIP), Wachstum, Arbeitszeit und Produktivität
- Der Kampf der Linken gegen Rechts
- Steuerstreit zw. Apple und EU-Kommission
- VW: Klarstellungen zum Outsourcing-Geschäftsmodell der Automobilbranche
- Friedensabkommen mit den FARC in Kolumbien

Bestellbar unter: www.gegenstandpunkt.com

Grund seiner Schädlichkeit für die Masse seiner Insassen, liegt nicht darin, dass Arbeit nicht stattfindet, wenn sie nicht rentabel ist, sondern dass sie stattfindet, weil es um Rentabilität geht. Seine soziale Gemeinheit beginnt nicht damit, dass die Leute, die Arbeit brauchen, oft keine finden, sondern besteht schon darin, dass sie Arbeit brauchen; dass sie dann noch nicht einmal sicher sein können, eine zu finden, folgt daraus von ganz allein.

Die Bedingungen, denen die Marktwirtschaft die Arbeit unterwirft, enthalten die wesentlichen Bestimmungen dieses Produktionsverhältnisses. Sie sich klarzumachen, schafft garantiert keine Arbeitsplätze. Dazu ein Lesetipp:

„Beschäftigung“ – „Globalisierung“ – „Standort“
Anmerkungen zum kapitalistischen
Verhältnis zwischen Arbeit und Reichtum



Margaret Wirth / Wolfgang Möhl
GegenStandpunkt Verlag
132 Seiten, 10,- €
ISBN 978-3-929211-14-6

Bestellbar unter: www.gegenstandpunkt.com